

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3051
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/7661

Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 912. Sitzung des Bundesrates am 05. Juli 2013

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 3051 vom 22.07.2013:

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 912. Sitzung des Bundesrates am 05. Juli 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 50 (Fluglärm-Außenwohnbereichsentschädigungs-Verordnung)
- TOP 58 (Verordnung zu Änderung von Verordnungen auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts)
- TOP 64 (16. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes)

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 912. Sitzung des Bundesrates am 05. Juli 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 50 (Fluglärm-Außenwohnbereichsentschädigungs-Verordnung)
- TOP 58 (Verordnung zu Änderung von Verordnungen auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts)
- TOP 64 (16. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes)

zu Frage 1:

Die Landesregierung hat in der Schlussabstimmung zu TOP 50 der Verordnung nach Maßgabe einer Änderung zugestimmt. Die in der Verordnung vorgesehenen Regelungen über die Entschädigung für fluglärmbedingte Beeinträchtigungen der Nutzbarkeit des sogenannten Außenwohnbereichs (z.B. Garten, Balkon, Loggia, Terrasse) werden unterstützt. Zu der vom Bundesrat beschlossenen Maßgabe, § 7 Absatz 2 zu streichen, hat sich Brandenburg enthalten. Gegen diese Regelung bestanden keine durchgreifenden Bedenken. In der Schlussabstimmung hat Brandenburg der Verordnung mit der mehrheitlich beschlossenen Maßgabe gleichwohl zugestimmt.

Weiterhin hat Brandenburg der zu TOP 50 vom Unterausschuss empfohlenen Entschließung mit Ausnahme der Ziffer 5 (Drs. 484/1/13) zugestimmt, d.h. insbesondere Zustimmung zu der Aussage, dass die Luftfahrtbehörden und die Flugsicherungsorganisationen gesetzlich zu verpflichten sind, in allen lärmrelevanten Entscheidungen einschließlich zu Flugverfahren und zur Erteilung von Flugverkehrskontrollfreigaben vermeidbaren Fluglärm zu verhindern und die Ausbreitung von unvermeidbarem Fluglärm auf ein Mindestmaß zu beschränken, wobei auf die Nachtruhe der Bevölkerung im besonderen Maße Rücksicht zu nehmen ist. Der Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm ist besonders zu berücksichtigen. Brandenburg hat der Ziffer 5, wonach Kunstflüge nur noch in Abständen über 2000 Meter zur nächstgelegenen zusammenhängenden Wohnbebauung zuzulassen sind, nicht zugestimmt, weil es diese Regelung für zu rigoros hält. Die Entschließung hat im Plenum insgesamt keine Mehrheit gefunden.

Zu TOP 58 hat die Landesregierung in der Schlussabstimmung der Verordnung nach Maßgabe von Änderungen zugestimmt. Die in der Verordnung novellierten Rahmenbedingungen für die Regulierung der Strom- und Gasnetze und die damit einhergehende Rechts- und Planungssicherheit werden von der Landesregierung begrüßt. Die von den Ausschüssen empfohlenen Maßgaben hat Brandenburg mit Ausnahme der Ziffer 12 unterstützt (Drs. 447/1/13). Die Begründung ergibt sich aus den jeweiligen Maßgaben. Zu Ziffer 12, die eine völlige Umstellung des Systems der Investitionskostenberechnung vorsieht, hat sich die Landesregierung insbesondere wegen derzeit nicht überschaubarer Umverteilungs- und Kostenwirkungen enthalten. Sie hat im Plenum auch keine Mehrheit erhalten.

Der Bundesrat hat zudem eine Entschließung gefasst, die von Brandenburg teilweise unterstützt worden ist. So hat Brandenburg mit der Bundesratsmehrheit einem Plenarantrag von BY und SN mit einer Prüfbitt für ein neues Investitionskostenmodell (Drs. 447/6/13) zugestimmt. Nicht zugestimmt hat Brandenburg einem Plenarantrag von BY und SN, der eine Netzentgeltbefreiung entgegen erfolgter Gerichtsentscheidungen vorsieht (Drs. 447/4/13). Dieser Antrag hat im Plenum eine Mehrheit erhalten. Im Plenum wurden zwei weitere Plenaranträge zur Abstimmung gestellt, die allerdings keine Mehrheit erhalten haben. Brandenburg hat dabei den Antrag HH unterstützt, der differenzierte Regelungen bei der Netzentgeltbefreiung für energieintensive Unternehmen fordert (Drs. 447/5/13). Zu der von HE zur Abstimmung gestellten Forderung nach einer verkürzten Bearbeitungsdauer für Befreiungsanträge (Drs. 447/2/13) hat sich Brandenburg enthalten.

Zu TOP 64 hat die Landesregierung dem Gesetz in der Fassung des Vermittlungsausschusses zugestimmt. Der im Vermittlungsausschuss gefundene Kompromiss wird von der Landesregierung mitgetragen. Der Landesregierung ist es wichtig, dass dieses Gesetz zur Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes bei Tieren schnellstmöglich in Kraft tritt.